

NIEDERSCHRIFT

über die 4. Sitzung des Bezirksausschusses V - Siegen-West -

vom:	13.06.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	17.45 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Bezirksausschuss V - Siegen-West -:

Stv Mues, Steffen - als Vorsitzender -
AM Bäumer, Herbert
AM Bohn, Klaus Dieter - für AM Heyde, Thorsten -
AM Englisch, Lothar
AM Freudenberger, Ulrich
Stv Gerlach, Heinrich
AM Göckus, Erika
AM Hecker, Heribert
AM Klinkert, Horst
AM Langer, Günther
AM Meiswinkel, Lothar
Stv Nauck, Gerda
AM Waleczek, Horst - für AM Buck, Christa -

II. Beratende Mitglieder:

AM Burk, Friedrich - für AM Röthinger, Erika -
Stv Katz, Reinhilde
AM Plate, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde

III. Von der Verwaltung:

StR Dr. Rohr - bis 16.55 Uhr -
Dipl.-Ing. Weidt
Städt. OVR Düber - bis 16.15 Uhr -
Dipl.-Ing. Lüster
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

AM Buck, Christa
AM Hellmann, Jürgen
AM Heyde, Thorsten
AM Löwenberg, Horst

Zur Tagesordnung:

Die Ausschussmitglieder kommen überein, den Antrag des Seniorenbeirates auf Verlegung der Fußgängersignalanlage Tiergartenstraße / Arndtstraße nicht in die Tagesordnung aufzunehmen. Da nach Aussage der Straßenverkehrsbehörde die Maßnahme kurz vor der Umsetzung steht, wird die Verwaltung lediglich gebeten, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (F.D.P.)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Nauck bestimmt.

4. BezA V 13.06.2000

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 02.02. und 13.03.2000

Die Niederschriften werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

4. BezA V 13.06.2000

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

4. BezA V 13.06.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

4. BezA V 13.06.2000

**5. Verschönerung des Stadtbildes;
hier: Städt. Grundstück in der Königsberger Straße 25**

Vorlagenr. 508/00 - Vorlage vom 21.03.2000 -

Herr Bäumer begrüßt grundsätzlich, dass die Verwaltung die Thematik aufgegriffen hat und die Vorlage im Ausschuss präsentiert. Dem Beschlussvorschlag kann er nicht zustimmen, da seines Erachtens der finanzielle Aufwand für ein Grundstück in Waldrandlage zu hoch ist. Er äußert sich weiterhin gegen die Anpflanzung von Obstbäumen am Rande eines Waldgebietes, hierdurch sind weitere Ärgernisse absehbar.

Er beantragt, den derzeit schlechten Zustand des in der Verwaltungsvorlage be-zeichneten Grundstücks mit Eigenmitteln durch die Verwaltung zu beseitigen. Er beantragt weiterhin, die vorgesehenen Mittel für die Bepflanzung der Edith-Langner-Anlage mit Sträuchern zu verwenden, um Fußballspielen zu unterbinden. Bolzplätze sind in unmittelbarer Nähe vorhanden.

Herr Düber bezeichnet die Bepflanzung der Edith-Langner-Anlage mit Strauch-reihen bezüglich des Gesamtcharakters der Anlage als verfehlt.

Frau Nauck kritisiert die vorgeschlagene Errichtung eines Zaunes. Sie prophezeit dessen kurzfristige Beschädigung, da spielende Kinder auch weiterhin den Weg auf das Grundstück suchen. Sie rät zu einer Anwohnerbeteiligung bei der Durchführung pflegerischer Maßnahmen. Herrn Bäumer zustimmend spricht auch sie sich gegen die in der Verwaltungsvorlage genannten aufwendigen Maßnahmen aus.

Herr Englisch bringt vor, dass das Grundstück zumindest öfters zu mähen ist.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Bäumer):

Die Verwaltung wird beauftragt, den derzeit schlechten Zustand des in der Vorlage genannten Grundstücks mit Eigenmitteln zu beseitigen und dieses als gepflegt erscheinendes Waldrandgrundstück wieder herzurichten. Die in der Verwaltungsvorlage vorgesehenen Mittel sind zur Bepflanzung der Edith-Langner-Anlage mit Sträuchern zu verwenden, um das Fußballspielen dort zu unterbinden.

Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

4. BezA V 13.06.2000

6. Künftige Nutzung des ehemaligen Wohnheimes für Offiziere (Liegenschaft Nr. 52 auf dem Gelände der Heidenberg-Kaserne)

Vorlagenr. 445/00 - Vorlage vom 15.05.2000 -

Herr Dr. Rohr erläutert die Verwaltungsvorlage und stellt anhand von Folien die besondere soziale Situation der Bevölkerungsgruppe am Heidenberg vor. Wie für den Fischbacherberg wurde auch für den Heidenberg ein Antrag auf Förde-

rung aus dem Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ gestellt. Chancen auf eine Förderzusage sind schlecht einschätzbar, da das Landesprogramm bereits mehrfach überzeichnet und weiterhin fraglich ist, ob die Stadt Siegen neben dem Stadtteil Fischbacherberg einen weiteren Stadtteil gefördert bekommt.

Er informiert über eine abweichende Stellungnahme des Stadtkämmerers zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.06.2000. Darin werden im wesentlichen zwei Kritikpunkte angeführt: Zum einen wird befürchtet, dass die vorgegebenen Anfangsparameter (1,5 Mio. DM Investitionskosten, 100 TDM Mehrbelastung für den Haushalt) nicht einhaltbar sind, zum anderen ist eine Ausweitung des Defizits nicht haushaltsverträglich.

In einer Ergänzungsvorlage, so Herr Dr. Rohr, wird er die Eckpunkte zur Einhaltung der finanziellen Rahmenbedingungen darstellen. Ein positiver Beschluss über das Projekt hätte einerseits eine Ausweitung des Haushaltsdefizits zur Folge, würde aber andererseits als zukunftsorientierte Investition mittel- bis langfristig negativen finanziellen Auswirkungen im Sozialbereich entgegenwirken.

Als Hauptziel definiert er die Schaffung von mehr sozialer Gleichheit für alle Bevölkerungsgruppen.

Herr Mues erachtet das Projekt als notwendig. Es sind jedoch nicht nur die Investitionskosten, sondern auch die Folgekosten in den Abwägungsprozess einzubeziehen. Die Durchführung des Projektes bedeutet große finanzielle Probleme und ein Umschichtungserfordernis im Haushalt. Um die derzeit punktuelle finanzielle Belastung besser zu verteilen, regt er an, die Gesamtinvestition nach Priorität der Einzelgewerke über einen längeren Zeitraum zu tätigen. Er bittet, mögliche Synergieeffekte in Zusammenhang mit dem Gewerbepark Heidenberg zu prüfen und hofft, dass über die derzeit absehbaren Fremdmittel weitere zu erschließen sind.

Herr Freudenberger empfiehlt, der Verwaltungsvorlage zu folgen. Das Projekt hat eine Aufbruchstimmung in der Bevölkerung erzeugt, ein negativer Beschluss hätte Frustration zur Folge. Vor dem Hintergrund der großen Verantwortung gegenüber der Bevölkerungsgruppe am Heidenberg ist hinsichtlich der Finanzierung massiver Druck auszuüben. Er beantragt, den Beschlussvorschlag wie folgt zu erweitern:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Konzeption zu erarbeiten, welche sicherstellt, dass der von Dritten bzw. durch Eigenleistungen, wie ehrenamtliches Engagement, zu erbringende Anteil an den investiven Kosten auch tatsächlich aufgebracht wird.
2. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, die Umschichtungsanstrengungen weiter zu verstärken, um den angepeilten Zuschussbedarf von jährlich 100 TDM weiter zu verringern.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Zuschusslage zu klären und sich um weitere Zuschüsse zu bemühen.

Frau Nauck stellt die Notwendigkeit des Projektes nicht in Frage, wird sich jedoch aufgrund der riskanten Finanzierung der Stimme enthalten.

Auch Herr Langer sieht große finanzielle Probleme, jedoch sind die durch Herrn Dr. Rohr vorgebrachten Argumente für die Durchführung des Projektes höher einzustufen, als die dem widersprechende defizitäre Haushaltslage.

Er beantragt eine weitere Ergänzung des Beschlussvorschlages dahingehend, dass in den Kellerräumen des K 52 ein Platzangebot zur Unterbringung der derzeit in einem Privatkeller befindlichen Fahrradwerkstatt zu schaffen ist.

Die Herren Englisch und Bäumler kritisieren, dass vor einer Neubelegung des Heidenberges die Schaffung sozialer Einrichtungen (wie z. B. Jugendtreff, Kindergärten) hätte erfolgen müssen.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung auf Anträge von Herrn Freudenberger und Herrn Langer):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, das ehemalige Wohnheim für Offiziere (K 52 auf dem Gelände der Heidenberg-Kaserne) als

- Kindertageseinrichtung
- Einrichtung für soziale Gruppenarbeit im Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung)
- soziales Dienstleistungszentrum

zu nutzen.

Voraussetzung für eine Realisierung ist,

- den städt. Eigenanteil für den investiven Bereich (Erwerb / Umbau) auf max. 1.500 TDM zu begrenzen.
- die Mehrkosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Gebäudes (ohne Kindertageseinrichtungen) auf jährlich 100 TDM (Sach- und Personal-kosten) auf der Grundlage des Stellen- / Haushaltsplanes 2000 festzuschreiben.
- 1. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Konzeption zu erarbeiten, welche sicherstellt, dass der von Dritten bzw. durch Eigenleistungen, wie ehren-amtliches Engagement, zu erbringende Anteil an den investiven Kosten auch tatsächlich aufgebracht wird.
- 2. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, die Umschichtungsanstrengungen weiter zu verstärken, um den angepeilten Zuschussbedarf von jährlich 100 TDM weiter zu verringern.
- 3. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Zuschusslage zu klären und sich um weitere Zuschüsse zu bemühen.
- 4. In den Kellerräumen des K 52 ist ein Platzangebot zur Unterbringung der derzeit in einem Privatkeller befindlichen Fahrradwerkstatt zu schaffen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (F.D.P.)

4. BezA V 13.06.2000

7. I. 37. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtteil Siegen (Achenbach)
II. Bebauungsplan Nr. 298 „Heidenberg“ im Stadtteil Siegen (Achenbach)
hier: Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
 - Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
 - Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung
 - Vorstellung des Entwurfes der örtlichen Bauvorschriften im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 298 „Heidenberg“

Vorlagenr. 478/00 - Vorlage vom 24.05.2000 -

Herr Luster erläutert die Verwaltungsvorlage und das bisherige Verfahren. Unter der Voraussetzung eines positiven Ratsbeschlusses am 28.06.2000 wird die Genehmigung der Änderung des Flächennutzungsplanes beim Regierungspräsidenten Arnsberg beantragt und nach Genehmigung der Bebauungsplan Heidenberg kurzfristig in Kraft gesetzt.

Auf Frage von Herrn Mues antwortet er, dass Baumbestand und Böschungsflächen teilweise erhalten werden. Ein Ausgleich für abzuholende Bereiche wird zu 95 % erzielt.

Herr Bäumer weist auf die wichtige ökologische Funktion der Bäume hin und fordert, sensibler, als dies in der Vorlage geschehen ist, mit der Thematik Abholzen vorzu-gehen.

Herr Weidt führt an, dass nach endgültiger Strukturierung des Geländes Möglichkeiten bestehen, über die festgesetzten zu erhaltenden Bereiche weitere Bäume zu erhalten. Eine Lösung ist in Zusammenarbeit mit der Projektentwicklungsgesellschaft zu erarbeiten.

Auf Fragen von Frau Nauck und Herrn Langer antwortet Herr Weidt, dass die Planung zunächst einen Halbanschluss des Gewerbegebietes an den Autobahnzubringer vorsieht, wobei der Vollanschluss planerisch eingearbeitet wird. Diesbezügliche Verhandlungen mit dem zuständigen Autobahnamt Hamm werden derzeit geführt. Die Umsetzung des Halbanschlusses erfolgt im Vorlauf zu weiteren baulichen Maßnahmen im Gewerbegebiet.

Korrespondierend zum Ratsbeschluss am 03.05.2000 (TOP 4.2) beantragt Herr Mues, die Verwaltung zu beauftragen, umgehend die Voraussetzungen für einen Vollanschluss zum Autobahnzubringer für das Gewerbegebiet Heidenberg zu schaffen und in diesem Sinne die entsprechenden Gespräche mit dem zuständigen Autobahnamt Hamm zu führen. Er bittet die Verwaltung, die bestehende Gebäudesubstanz auf Erhaltenswertigkeit zu prüfen.

Frau Nauck setzt sich dafür ein, kurzfristig eine Entscheidung darüber zu treffen, was mit dem Standbild „Adolf von Nassau“ und dem alten Regimentstor weiter geschehen soll.

Herr Bäumer berichtet, dass eine Begehung der Kasernenanlage stattgefunden hat. Es wurde festgelegt, das Glasfenster der katholischen Kirche, die Embleme über dem Gebäude 11 (Pferd und Zeichen der Artillerie) und die Statue von Graf Johann dem Mittleren zu erhalten und schützen. Wie Frau Nauck kritisiert auch er, dass noch keine Entscheidungen zum weiteren Umgang mit den Gegenständen getroffen wurde. Einer aus dem politischen Raum angeregten Positionierung der Statue im Kreisel kann er nicht zustimmen.

Herr Weidt führt aus, dass sich der Landeskonservator für eine Unterschutzstellung der gesamten Kasernenanlage ausgesprochen hat. Diesen Vorschlag hat die zuständige Untere Denkmalbehörde der Bezirksregierung Arnsberg aufgrund der Größe des Geländes abgelehnt. Auf die weitere Vorgehensweise hat die Stadt kaum Einflussmöglichkeit. Bezüglich der Einzelobjekte werden derzeit Strategien entwickelt, wie die Erhaltung gesichert und wo eine Unterbringung erfolgen kann.

Frau Nauck bezweifelt, dass die Achenbacher Straße und die Badstraße den durch das Gewerbegebiet entstehenden zusätzlichen Verkehr aufnehmen können.

Herr Bäumer verliert seine ablehnende Stellungnahme zur Vorlage Nr. 478/00, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Beschlussvorschlag (mit Erweiterung auf Antrag von Herrn Mues):

Der Bezirksausschuss V - Siegen-West - stimmt dem folgenden Beschlussvorschlag unter der Voraussetzung zu, dass die Verwaltung beauftragt wird, umgehend die Voraussetzungen für einen Vollanschluss zum Autobahnzubringer für das Gewerbegebiet Heidenberg zu schaffen und in diesem Sinne die entsprechenden Gespräche mit dem zuständigen Autobahnamt Hamm zu führen.

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegungen von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden.
2. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Hinweise der Träger öffentlicher Belange wird wie folgt beschlossen:

- 2.1 Der Anregung der Pipeline Engineering GmbH (PLE) Essen wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird nachfolgendes geändert:
- Die unterirdische Gasleitung Nr. 7 mit Schutzstreifen der Ruhrgas AG wird in den Bebauungsplan übernommen und südlich des Hauses Achenbacher Straße 110 auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche ein Leitungsrecht zugunsten der Ruhrgas festgesetzt.
- 2.2 Der Anregung der RWE Energie AG wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die RWE Energie AG als Versorgungsträger zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
- Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der ESI zwischen Heidenbergstraße und Erschließungsstraße 2 wird von 3,50 m auf 4,50 m verbreitert sowie verlängert und als zusätzlicher Begünstigter die RWE Energie AG benannt.
- 2.3 Die Hinweise des Kreises Siegen-Wittgenstein als Untere Landschaftsbehörde werden durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB berücksichtigt. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
- Im Gliederungspunkt 11.1 entfallen bei der Pflanzliste Sträucher / Hecken die Fliederarten Syringa vulgaris und Syringa in Sorten.
 - Unter dem Gliederungspunkt 11.3 "Mindestbepflanzung der Stellplätze" wird ein Verweis auf die Pflanzliste unter Punkt 11.1 "Bäume" eingefügt.
- 2.4 Das Schreiben der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB) wird zur Kenntnis genommen.
- 2.5 Der Anregung der Verkehrsbetriebe Westfalen Süd (VWS), eine neue Straßenverbindung zwischen Heidenbergstraße und der Achse 2 in Höhe der alten Kaserneneinfahrt der Heidenbergstraße im Bebauungsplan Nr. 298 planungsrechtlich vorzusehen, wird nicht entsprochen.
- 2.6 Die Schreiben des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege werden zur Kenntnis genommen. Die geforderte Abwägung der öffentlichen Belange bezüglich Denkmalschutz und stadtplanerischer Zielsetzung wird durch diese Bauleitplanung hinreichend vorgenommen.
- 2.7 Das Schreiben des Staatlichen Umweltamtes wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise bezüglich des Ausschlusses von Betriebsarten in den Gewerbegebieten sind bereits berücksichtigt. Bezüglich der Belange Altlasten und Abwasser wird eine, gemäß den Abstimmungen, abschließende Stellungnahme ohne Bedenken gegen diese Bauleitpläne der Stadt Siegen in der Sitzung vorgelegt.
- 2.8 Das Schreiben der Bezirksregierung vom 15.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis bezüglich der Beschränkung der Sortimentsliste für das Sondergebiet wird in den Erläuterungsbericht der Flächennutzungsplanänderung redaktionell aufgenommen. In der Flächennutzungsplanänderung werden die Planzeichen für die Darstellung der einzelnen Baugebiete von M in MI, G in GE und S in SO redaktionell angepasst und die Darstellung W Wohngebiet gestrichen. Die von der Bezirksregierung geforderte Festsetzung der Sortimentsliste (Nachversorgung) für das Sondergebiet wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die Industrie- und Handelskammer sowie der Einzelhandelsverband als berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgendes geändert:

- Bei der Festsetzung Sondergebiet (SO) wird der Textteil "mit einem Randsortiment des täglichen Bedarfs, wie z. B. Getränke, Backwaren, Blumen, Zeitschriften, Drogerieartikel, zulässig" durch nachstehende Sortimentsliste für SB-Märkte (Nachversorgung) ersetzt:

Sortimentsliste für SB-Märkte (Nachversorgung)

Abgrenzung der Sortimente für SB-Märkte gemäß Punkt 2.2.5 des Gem.RdErl. vom 07.05.1996 - Ansiedlung von Einzelhandelsgroßbetrieben - (Mbl.NW 1996 S. 922) und entsprechend dem Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (WB), Ausgabe 1978, (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden):

Kernsortiment Nahversorgung

Lebensmittel, Getränke, Drogerieartikel, Körperpflege, nichtelektrische Haushaltswaren

WB Nr.	Nahversorgungsrelevantes Kernsortiment
- WB 00-10, 12-13 960	Lebensmittel, Süßwaren, Spirituosen (einschl. Milchprodukte, Tiefkühl-, Fleischwaren, Gemüse, Tiernahrung)
- WB 11 - WB 15-18	Getränke Wasch-, Putz-, Reinigungs- und Körperpflegemittel, Kosmetika
- WB 66	Nichtelektrische Haushaltswaren

3. Über die während der öffentlichen Auslegungen vorgebrachten Anregungen der Bürger wird wie folgt beschlossen:

- 3.1 Das Schreiben der "Anliegergemeinschaft Ehlersstraße, Am Ziegenberg, Achenbacher Straße, Hubertusweg" vom 25.10.1999 wird zur Kenntnis genommen.
- 3.2 Das Schreiben des Berghotels Johanneshöhe vom 10.04.2000 wird zur Kenntnis genommen. Den Anregungen des zweiten Schreibens des Berghotel Johanneshöhe vom 25.04.2000 wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, von der nur die Stadt als Grundstückseigentümer sowie das Forstamt als Träger öffentlicher Belange tangiert werden, wird folgendes geändert:
 - Die überbaubare Grundstücksfläche auf dem Grundstück des Berghotels Johanneshöhe (Mischgebiet) wird weitestgehend gemäß den Anregungen des Eigentümers erweitert. Im Süden wird sie um fünf Meter verschoben, im Nord-Osten um eine Teilfläche von ca. 4,5 Meter vergrößert und im Süd-Westen kann die Baugrenze nicht auf die Grundstücksgrenze verlegt werden, da es ansonsten zu Kollisionen mit dem Schutzstreifen, der dort verlegten Gasleitung (LNR 7-95 DN 100 DE.1) kommt.
- 3.3 Das Schreiben des Einwenders Nr. 9 mit Datum vom 11.10.1999 (Eingang bei der Stadt 13.04.2000) wird zur Kenntnis genommen. Die Vorbehalte und Anregungen werden zurückgewiesen.

- 3.4 Das Schreiben des Einwenders Nr. 10 (AGENDA) wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen wie "Verhinderung der Stadtfucht, Reduzierung der Schadstoffbelastungen und Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten" werden durch die Bauleitpläne berücksichtigt.
 - 3.5 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 11 vom 04.04.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der nicht begründete Einspruch gegen den Bebauungsplan wird zurückgewiesen.
 - 3.6 Das Schreiben der Einwender Nr. 12 vom 02.05.2000 wird zur Kenntnis genommen.
 - 3.7 Das Schreiben des Einwenders Nr. 13 vom 04.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch bzw. die Forderung, den Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" in ein Wohngebiet mit Naherholungsmöglichkeiten zu ändern, wird zurückgewiesen.
 - 3.8 Das Schreiben der Einwender Nr. 14 vom 02.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch und die Änderungsvorschläge für den Bebauungsplan Nr. 298 werden zurückgewiesen.
 - 3.9 Das Schreiben der Einwender Nr. 15 (Eigentümergeinschaft Hubertus-weg) vom 05.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Beschwerden zur 37. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" werden zurückgewiesen.
 - 3.10 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 16 vom 04.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Beschwerden werden zurückgewiesen.
 - 3.11 Das Schreiben der Einwender Nr. 17 vom 05.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Bedenken und Anregungen werden zurückgewiesen.
 - 3.12 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 18 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch gegen die Errichtung des Gewerbegebietes wird zurückgewiesen.
 - 3.13 Das Schreiben der Bürgerinitiative gegen das "Gewerbegebiet Heidenberg" (Vorstand) wird zur Kenntnis genommen. Die vorgetragenen Bedenken gegen diese Bauleitplanungen werden zurückgewiesen. Der Forderung nach Änderung dieser Planung in ein "Wohn-Mischgebiet" wird nicht entsprochen.
4. Der Rat der Stadt Siegen beschließt:
- 4.1 die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungsbericht laut Anlagen 2 und 3 zur Vorlage;
 - 4.2 den Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" mit den vereinfachten Änderungen gemäß § 10 BauGB als Satzung laut Anlage 4;
 - 4.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" laut Anlage 5 zur Vorlage.
 - 4.4 Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der Örtlichen Bauvorschriften ("Gestaltungssatzung", Anlage 6) für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Erlassung der Satzung durchzuführen.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (CDU),
1 Enthaltung

4. BezA V 13.06.2000

8. MITTEILUNGEN

Herr Weidt verliert einen Vermerk bezüglich der Postfiliale in Achenbach, der der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

4. BezA V 13.06.2000

